

M O N I T O R I N G

HAMBURGER VERHÄLTNISSE.

**Monitoring rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt
in Hamburg im Jahr 2023**

Arbeit und Leben

HAMBURG

Herausgeber_innen: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg, Registernummer: VR 9937

V.i.S.d.P.: Dr. Lena Thureau, Elvira Kantarević

Kontakt: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V.
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 284016-11
E-Mail: office@hamburg.arbeitundleben.de

Konzeption und Redaktion: Team empower

Lektorat: Sophie Hellgardt

Gestaltung/Satz: pbd | drucktechnik altona

Druckerei: drucktechnik altona

Für inhaltliche Aussagen tragen Autor_innen und Herausgeber_innen die Verantwortung, ihre Meinungen geben nicht in jedem Fall die Meinung der Sozialbehörde wieder.

INHALT

► 5 | Einleitung

Viele Menschen erleben oder beobachten in ihrem Alltag antisemitische, rassistische und rechte Gewalt. Auch in Hamburg.

► 8 | Vorfälle im Jahr 2023

Im Rahmen der Monitoring- und Beratungsarbeit verzeichnet empower im Jahr 2023 erneut eine alarmierende Bilanz von insgesamt 993 neuen rechten, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg.

Tatmotive der erfassten Vorfälle	11
Antisemitismus	12
Rassismus	16
Rassismus gegen Roma* und Sinti*	17
Anti-Schwarzer Rassismus	20
Antimuslimischer Rassismus	23
Weitere Formen von Rassismus	27
Anti-Asiatischer Rassismus	27
Antikurdischer Rassismus	28
Antislawischer Rassismus	30
Rechte Gewalt gegen weitere Betroffenenengruppen	31
Rechte Gewalt gegen sexuelle Orientierung bzw. Identität (LGBTIQ+)	31
Rechte Gewalt gegen politische Gegner_innen	32
Rechte Gewalt gegen Journalist_innen	33
Rechte Gewalt gegen politische Verantwortungsträger_innen	34
Rechte Gewalt gegen nichtrechte Personen	35
Sozialdarwinismus	36
Sozialdarwinismus gegen Wohnungslose	36
Sozialdarwinismus gegen behinderte Menschen	37
Gewaltformen der erfassten Vorfälle	38
Orte der erfassten Vorfälle	39



EINLEITUNG

Viele Menschen erleben oder beobachten in ihrem Alltag antisemitische, rassistische und rechte Gewalt. Auch in Hamburg. Diese Vorfälle sind keine Einzelfälle, sie ziehen sich durch die gesamte Stadt, durch alle gesellschaftlichen Schichten und Milieus sowie durch alle Institutionen.

Durch die Verbreitung und stetige Abrufbarkeit in den sozialen Medien greifen digitale und analoge Räume ineinander, Auswirkungen verstärken sich und es kommt zu weiteren Zuspitzungen. Augenfällig ist die Schwelle des Sag- und Machbaren unverfroren und ohne Hemmung gesunken. Vorfälle von Antisemitismus, Rassismus und rechter

Vorfälle von Antisemitismus, Rassismus und rechter Gewalt werden häufig verleugnet, verharmlost und unsichtbar gemacht.

Gewalt werden dennoch häufig verleugnet, verharmlost und unsichtbar gemacht. In der Öffentlichkeit wird über diese Formen von Gewalt, ihre historischen Kontinuitäten und Aktualisierungen, über Prävention, Intervention und vor allem über die Stärkung des Opferschutzes selten gesprochen.

Die Monitoring-Arbeit des Projekts **empower** hat zum Ziel, die Formen und Auswirkungen dieser Gewaltverhältnisse sowie die Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen für Communities, Multiplikator_innen, Öffentlichkeit und Politik zugänglich zu machen. Die Erfahrungen und Ergebnisse sind als Grundlage für

weitere notwendige Veränderungsprozesse im gesellschaftlichen Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und zur Stärkung des Opferschutzes zu verstehen.

Dabei stellt die quantitative und qualitative Veröffentlichung solcher Gewaltvorfälle in Hamburg das Ergebnis eines längerfristigen Prozesses dar. Die Meldungen von Betroffenen, deren Angehörigen, Freund_innen und Zeug_innen eines Vorfalls sowie das Engagement von Gemeinden, Communities, Netzwerken und Kooperationspartner_innen haben wesentlich dazu beigetragen, Vorfälle von Antisemitismus, Rassismus und rechter Gewalt in Hamburg erheben zu können.

Das Monitoring hat zum Ziel Formen und Auswirkungen der Gewalt sowie die Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen sichtbar zu machen.

Die erhobenen Informationen im Rahmen der Recherche-, Dokumentations- sowie Beratungsarbeit werden grundsätzlich vertraulich behandelt. Für das Monitoring werden Daten ausschließlich in anonymisierter Form verwendet, die keine Rückschlüsse auf betroffene Personen, Gemeinden, Communities, Initiativen oder einzelne Institutionen zulassen. Punktuell werden exemplarische Beispiele herangezogen, um Erfahrungen, Tatdimensionen und Kontexte der Vorfälle weiter zu veranschaulichen.

Im Monitoring des Projekts **empower** werden auch antisemitische, rassistische und rechte Gewaltvorfälle erfasst, die (noch)

nicht bei der Polizei zur Anzeige gebracht wurden – auch unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz.

Ein Großteil der Betroffenen wünscht sich die Aufnahme der von ihnen erlebten Vorfälle im Monitoring-Bericht. Durch

Angriffe und Bedrohungen werden Betroffene sowie deren Angehörige und Freund_innen aus ihrem Alltag geris-

sen. Betroffene berichten von Angst um ihre Sicherheit, von gesundheitlichen Belastungen, Vertrauensverlusten und Entsolidarisierungserfahrungen. Hinzu kommen in vielen Fällen materielle Schäden und finanzielle Belastungen. Schilderungen von Ratsuchenden, Communities und Institutionen in Beratungsprozessen mit **empower** sowie auf Veranstaltungen des Projekts machen deutlich, dass hinter den einzelnen erfassten Vorfällen der Alltag in allen Lebensbereichen durch schier unermessliche rassistische und antisemitische Mikroaggressionen und durch grobe und subtile Gewalt im Ton und im Verhalten geprägt ist. Nicht zuletzt weisen diese Berichte auf weitere erfassbare Gewaltvorfälle hin. Die durch das Projekt **empower** erfassten Vorfälle bilden somit nur einen Ausschnitt der alltäglichen gesamtgesellschaftlich verbreiteten politisch motivierten Gewalt in Hamburg ab. Entsprechend muss auch für das Jahr 2023 weiterhin von einer hohen Dunkelziffer an nicht gemeldeten und nicht erfassten rechten, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg – wie ebenfalls in anderen Bundesländern – ausgegangen werden.¹

Betroffene berichten von Angst um ihre Sicherheit, von gesundheitlichen Belastungen, Vertrauensverlusten und Entsolidarisierungserfahrungen.

1 Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.) dokumentiert jährlich Vorfälle aus mehreren deutschen Bundesländern (<https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>). Auch zu berücksichtigen sind die Veröffentlichungen zu antisemitischen Vorfällen des Bundesverbandes RIAS (<https://report-antisemitism.de/publications/>) sowie zu Rassismus gegen Roma* und Sinti* des Bundesverbandes MIA (<https://www.antiziganismus-melden.de/publikationen/>) und zu antimuslimischem Rassismus der Allianz CLAIM (<https://www.claim-allianz.de/aktuelles/publikationen/>).

digitale Hinweisstelle *memo*

memo

Über memo, die seit 2021 beim Projekt *empower* angesiedelte digitale Hinweisstelle, besteht die Möglichkeit für betroffene Personen, deren Angehörige und Freund_innen sowie Zeug_innen, in acht verschiedenen Sprachen Vorfälle aus Hamburg zu melden und bei Bedarf niedrigschwellig Beratung, Begleitung und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Auch werden Gemeinden, Communities und Institutionen fachliche Beratungen nach Vorfällen angeboten.

Im Sinne einer parteilichen, solidarischen und Re-Viktimisierungsschutz bietenden Beratung und Begleitung stehen die Perspektiven und Bedarfe der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

► www.memo-hinweisstelle.de

VORFÄLLE RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT IN HAMBURG IM JAHR 2023

Im Rahmen der Monitoring- und Beratungsarbeit verzeichnet **empower** im Jahr 2023 erneut eine alarmierende Bilanz von insgesamt 993 neuen rechten, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg.

Das sind im Durchschnitt mehr als 2,7 bekannte Vorfälle pro Tag. Im Vergleich zu 749 Vorfällen aus 2022 handelt es sich hierbei um eine besorgniserregende Steigerung von mehr als 32 Prozent. Diese Entwicklung kann nicht losgelöst von dem, was rechte Parteien in die Öffentlichkeit und

Antisemitische, rassistische und rechte Weltbilder legitimieren Gewalt und sind keine Randerscheinungen, sondern in der Gesamtgesellschaft weit verbreitet.

Parlamente tragen, betrachtet werden. Deren Argumentationen und Forderungen sowie das populistische Aufgreifen dieser Diskurse durch demokratische Parteien und Medien bilden den Nährboden für diese Gewaltvorfälle. Antisemitische, rassistische und rechte Weltbilder legitimieren Gewalt

und sind keine Randerscheinungen, sondern in der Gesamtgesellschaft weit verbreitet. Hohe Vorfallzahlen von Beleidigungen und Bedrohungen lassen auf breite Unterstützungsgemeinschaften für Täter_innen schließen, die extreme Gewaltvorfälle nicht nur billigen, sondern mit eigenen Einstellungen und Weltbildern in Einklang bringen können oder sogar für politisch notwendig erachten. Eine solche Unterstützung eröffnet Ermöglichungsräume und führt wiederum zu einem Anstieg des Ausmaßes rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.²

Sowohl die Taten selbst als auch der gesellschaftliche Umgang mit ihnen, etwa durch Institutionen, Verantwortliche, Ermittlungsbehörden, Justiz,

2 siehe u. a. die Studie von Prof. Rafaela Dancygier von der Princeton University aus dem Jahr 2023 <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2212757120>

Sowohl die Taten selbst als auch der gesellschaftliche Umgang mit ihnen senden Botschaften an Betroffene und Zivilgesellschaft aus.

Medien und das persönliche Umfeld, senden Botschaften an Betroffene, Communities und die gesamte Zivilgesellschaft aus. Viel zu selten greifen Zeug_

innen ein oder zeigen sich Menschen solidarisch. Betroffene werden häufig sich selbst überlassen. Nach Einschätzung von **empower** lässt sich bei Vorfällen immer wieder eine fehlende oder zumindest unzureichende Bereitschaft der beteiligten Institutionen, Organisationen oder Vereine feststellen, um nachhaltige Opferschutzkonzepte und Verfahren zur Intervention und Prävention zu etablieren. Auch wenn Kinder oder Jugendliche als Betroffene involviert sind, werden Vorfälle von Verantwortlichen im direkten Gespräch mit **empower** immer wieder als

Die Erfahrungen, Berichte und Bedarfe von Betroffenen werden delegitimiert und als zu emotional und störend markiert.

vermeintlich legitime Grenztestungen oder verharmlosend als Witze eingeordnet. Ebenfalls im direkten Gespräch mit **empower** wurden wiederholt Meldungen von Betroffenen über Vorfälle und Interventionsbedarfe offen als rufschädigend für die jeweilige Institution bewertet und delegitimiert. Solche Reaktionen weisen

darauf hin, dass die politischen und weltanschaulichen Hintergründe von antisemitischen, rassistischen und rechten Taten relativiert und abgesprochen werden und Unwissenheit über die möglicherweise gravierenden Auswirkungen für die Betroffenen herrscht. Eine Aufklärung der Taten und rechtliche Verfolgung finden oftmals nicht statt. Nicht zuletzt wird hier der Opferschutz als (arbeits-)rechtliche Grundlage sowie als gesellschaftlicher und pädagogischer Auftrag ignoriert. Dies hat eine schwerwiegende Wirkung auf Überlebende, direkt Betroffene, Angehörige, Communities und Zivilgesellschaft zur Folge.

► dokumentierte Vorfälle in Hamburg 2020–2023



Was ist *rechte Gewalt*?

Unter rechter Gewalt lassen sich Gewalttaten verstehen, die auf Grundlage von Vorstellungen über die Ungleichwertigkeit von Menschen und über die Homogenität bestimmter konstruierter sozialer Gruppen begangen werden.

Täter_innen sind also durch spezifische antipluralistische, demokratiefeindliche Überzeugungen motiviert, eine rechte Gewalttat zu begehen.

Diese Einstellungen knüpfen an historisch gewachsene Ideologien von gruppenbezogenen Abwertungen und dementsprechende Machtverhältnisse an. Rechte Gewalt hat stets einen Botschaftscharakter. Das heißt, die Opfer werden stellvertretend für die von den Täter_innen konstruierten sozialen Gruppen angegriffen und die Taten richten sich immer auch gegen die ganze Gruppe. Dadurch reproduzieren und manifestieren rechte Gewalttaten bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse. Die Gewalt selbst kann unterschiedliche Formen annehmen und reicht von verbalen Angriffen wie Beleidigungen und Volksverhetzungen über Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Brandanschläge bis hin zu direkten körperlichen Angriffen und Tötungen.

Die politischen und weltanschaulichen Hintergründe der Taten können durch folgende Ideologien und Einstellungsmuster motiviert sein:

- **Antisemitismus** in seinen verschiedenen Ausformungen (biologisch/rassistisch; religiös; modern/verschwörungsideologisch, sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus),
- **Rassismus** (- gegen Roma* und Sinti*, Anti-Schwarzer -, antimuslimischer -, Anti-Asiatischer -, antislawischer -, antikurdischer -),
- **Sozialdarwinismus** (gegen Wohnungslose oder behinderte Menschen)
- rechtsmotivierte pauschale Abwertungen und Gewalt **gegen LGBTIQ+**-Personen,
- oder **gegen demokratische Akteur_innen** (z. B. Politiker_innen, Journalist_innen, politisch engagierte Personen) und nicht-rechte Personen.

Ferner sind im Zusammenhang mit rechter Gewalt weitere Ideologien und Einstellungsmuster bedeutend. Dazu zählen beispielsweise gewaltlegitimierende Denkweisen wie **Autoritarismus** und **Militarismus**, aber auch **Antifeminismus**, **Sexismus** und **Nationalismus**.

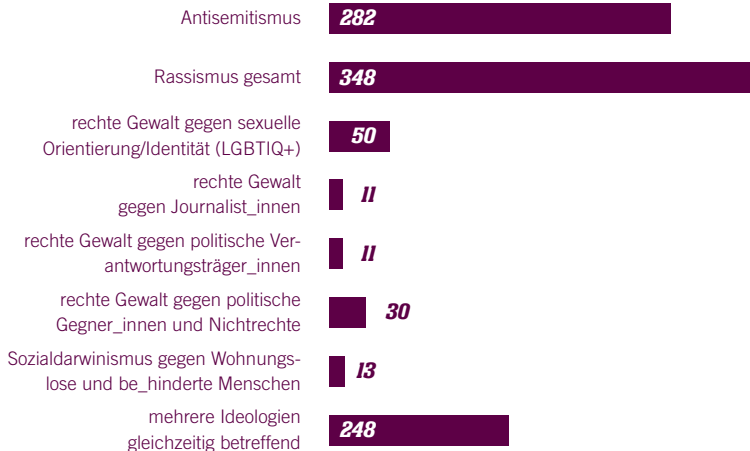
Tatmotive der erfassten Vorfälle

Auch im Jahr 2023 bilden Rassismus (348 Vorfälle) und Antisemitismus (282 Vorfälle) die häufigsten Tatmotivationen für Gewaltvorfälle in Hamburg. Des Weiteren kommen bei vielen Vorfällen (248) mehrere rechte Ideologien als Tatmotive zum Ausdruck. Hier spielen die Intersektionalität, also Gleichzeitigkeiten und ein Ineinandergreifen mehrerer Ideologien, eine Rolle. Beispiele hierfür sind zum einen Vorfälle mit entsprechenden politischen und weltanschaulichen Motivationen gegen Schwarze Muslim_innen, queere PoC, migrantische Juden_Jüdinnen oder jüdische Roma*. Zum anderen

weisen Taten wie das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen oder die Leugnung bzw. Verharmlosung des Nationalsozialismus mehrere historische und aktualisierte Bezüge auf und lassen sich bei vielen Vorfällen nicht auf einzelne spezifische Ideologien und Kontexte beziehen.

empower erfasste 2023 zudem zahlreiche Vorfälle, bei denen weitere Ungleichwertigkeitsvorstellungen tatmotivierend waren. Aufgenommen wurden Vorfälle von rechter Gewalt gegen LGBTQ+-Personen, Journalist_innen, politische Gegner_innen und Verantwortungsträger_innen sowie Vorfälle von sozialdarwinistischer Gewalt gegen Wohnungslose und behinderte Menschen.

► Tatmotive der Vorfälle in Hamburg 2023



Antisemitismus

Bereits in den letzten Jahren vermerkte **empower** durchgehend eine besorgniserregende Zunahme der Vorfälle von Antisemitismus in Hamburg. Im 4. Quartal 2023 stieg die Zahl der von

Im 4. Quartal 2023 war Antisemitismus in Hamburg zum ersten Mal seit Beginn des Monitorings von empower das am häufigsten erfasste Tatmotiv.

empower erfassten antisemitischen Vorfälle im Vergleich zur Summe der antisemitischen Vorfälle aus dem 1. bis 3. Quartal 2023 jedoch um über 54 Prozent an. Damit war Antisemitismus im 4. Quartal 2023

zum ersten Mal seit Beginn der Recherche und Dokumentation des Projekts **empower** das am häufigsten erfasste Tatmotiv unter allen erfassten Vorfällen. Im vierten Quartal 2023 richteten sich entsprechend viele Anfragen von Einzelpersonen, Familien, Initiativen, Bildungseinrichtungen und Betrieben für Beratung, Unterstützung und Fortbildungen an das Projekt **empower**.

Der terroristische Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war und ist eine Zäsur, welche sich in massiver Weise weiterhin auswirkt. Jüdinnen_Juden sind auch in Hamburg massiv von antisemitischen Vorfällen betroffen und Mehrfachbelastungen ausgesetzt. Neben der Sorge um die Sicherheit von

Angehörigen und Freund_innen in Israel und den erhöhten Sicherheitsbedarfen aufgrund bestehender globaler und lokaler Bedrohungen wirkt der Terror gegen die israelische Bevölkerung in einer spezifischen Dimension sowie in ihrer symbolischen Botschaft massiv retraumatisierend auf jüdische Menschen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund intergenerationaler Trauma-Erfahrungen und bei vielen Mitgliedern der Communities zusätzlich zu den Erfahrungen des Ukraine-Krieges.

Im 4. Quartal 2023 erfolgten entsprechend verschiedene (psychosoziale) Beratungsprozesse mit Einzelpersonen, Familien und Gruppen sowie mit einzelnen Bildungsinstitutionen und Betrieben. Es wurden diverse Empowerment-Angebote für Gruppen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Fortbildungen in pädagogischen Kontexten und lokale Interventionen in Institutionen umgesetzt.

In Beratungen, Begleitungen und Fortbildungen lässt sich feststellen, dass in Bezug auf das Wissen um verschiedene Formen von Antisemitismus, ihre Auswirkungen, historische Kontinuitäten und Aktu-

Es existieren Leerstellen im Wissen um verschiedene Formen von Antisemitismus, ihre Auswirkungen, Kontinuitäten und Aktualisierungen.

alisierung von Leerstellen existieren – auch bei diversitätsbewussten sowie macht- und rassismuskritischen Institutionen und Personen. Zum Teil kommt es durch Entsolidarisierungen solcher Personen und Institutionen zu verschärften und explizit antisemitischen Feindschaften. Ausgehend von allen gesellschaftlichen Schichten und Positionierungen (rechts, links, Mitte, religiös, u. a. islamistisch oder christlich fundamentalistisch) wird israelbezogener Antisemitismus sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich verstärkt durch Täter_in-Opfer-Umkehr, Rechtfertigung des Terrors und durch Schulterschlüsse mit islamistischen und nationalistischen

Israelbezogener Antisemitismus geht von allen gesellschaftlichen und politischen Positionierungen aus. Weitere Formen von Antisemitismus gehen häufig damit einher.

Ideologien zum Ausdruck gebracht, wobei gleichzeitig weitere Formen von Antisemitismus reproduziert werden. Nicht zuletzt ließen sich vielfach auch Abwehr, Verschiebung oder Verlagerung von Antisemitismus beobachten, welche zu Verharmlosungen und Dehementisierungen führten.

Im Rahmen des Monitorings wurden auch für das Jahr 2023 verschiedene Erscheinungsformen von Antisemi-

tismus erfasst. Am häufigsten wurde mit ca. 40 Prozent aller Vorfälle moderner verschwörungsideologischer Antisemitismus als Tatmotivation festgestellt. Bei mehr als einem Viertel aller Vorfälle (28 Prozent) handelte es sich um israelbezogenen und bei knapp zehn Prozent um sekundären bzw. Post-Shoa-Antisemitismus. Auch bezüglich der Erscheinungsformen stellte der 7. Oktober einen Bruch dar. Überwogen vom 1. bis zum 3. Quartal noch Vorfälle, die verstärkt durch modernen Antisemitismus motiviert waren, verzeichnete **empower** danach eine hohe Anzahl von Vorfällen mit explizit israelbezogenem Antisemitismus sowie verstärkt Vorfälle mit sekundärem Antisemitismus als Tatmotivation. In Hamburg ließen sich zudem auch explizit biologistisch bzw. „rassen“ideologisch und religiös begründete antisemitische Vorfälle beobachten. Insbesondere biologistisches bzw. „rassen“ideologisches Otherring vermengt sich häufig mit anderen Formen von Antisemitismus und spielt in Form entsprechender Äußerungen und Beleidigungen in vielen antisemitischen Vorfällen eine Rolle.

Seit dem 7. Oktober verschärfen sich der Ton in Diskursen und

Seit dem 7. Oktober prägen antisemitische Vorfälle Hamburgs Stadtbild und Diskurse, Bedrohungen und Übergriffe verschärfen sich.

die expliziten Bedrohungen und Übergriffe zunehmend. In Hamburg fanden sich viele Fälle von Vandalismus an Plakaten mit Darstellungen israelischer Geiseln wie auch Sachbeschädigungen an jüdischen Einrichtungen und Orten des Gedenkens. Antisemitische Vorfälle prägen das Stadtbild in Hamburg sichtbar, auch in Form von antisemitischen Slogans, Bildern und Versammlungen. Wie schon in den letzten Jahren wurden auch 2023 viele antisemitische Angriffe auf Gedenkstätten erfasst. Zudem ließen sich im 4. Quartal verstärkt verbale Angriffe, wie etwa Artikulationen von Hassbotschaften und Vernichtungsabsichten, aber auch körperliche Angriffe fest-

**Insbesondere auf
offener Straße und
im Umfeld von De-
monstrationen kam
es zu antisemitisch
motivierten Körper-
verletzungen.**

stellen. Insbesondere auf offener Straße, im Umfeld von als pro-palästinensisch proklamierten Versammlungen und gegen israelsolidarische Demonstrationen kam es zu antisemitisch

motivierten Körperverletzungen. In einem konkreten Fall im Kontext einer israelsolidarischen Kundgebung nach dem 7. Oktober 2023 wurden beispielsweise zwei Betroffene, die eine Israelfahne bei sich trugen, von zwei Tätern von hinten attackiert. Die Israelfahne wurde ihnen entrissen und auf den Boden geworfen.

In Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, am Arbeitsplatz oder bei Ärzt_innen und Therapeut_innen verzeichnete das Projekt **em-power** zunehmend verbale antisemitische Angriffe. Teilweise, etwa in einem konkreten Fall, in dem eine betroffene Person antisemitischen Äußerungen durch eine_n Therapeut_in ausgesetzt war, werden dabei enge Vertrauensverhältnisse zerstört und der elementare Schutz des therapeutischen Raumes verletzt. Das betrifft auch die verstärkt erfassten antisemitischen Vorfälle, die vom privaten Umfeld von Jüdinnen_Juden ausgehen. Viele Betroffene berichten in Beratungen von langjährigen Freund_innen und Bekannten, die insbesondere in sozialen Medien israelbezogen antisemitische Inhalte bis hin zu antisemitischen Memes teilen und in persönlichen Gesprächen Unverständnis für Betroffenheiten, Sorgen und Sicherheitsbedarfe äußern oder explizite Schuldzuweisungen machen und die Verantwortlichkeit für den Terror und den Krieg bei Jüdnen_Jüdinnen sehen.

Erfahrungen von antisemitischen Gewaltvorfällen und Entsolidarisierungen haben auf Jüdinnen_Juden und auf jüdische Gemeinden und Communities erschütternde Auswirkungen. Sie haben u. a. Vertrauensverlust, Isolation, Verlust der Sicherheitser-

Erfahrungen von antisemitischer Gewalt haben u. a. Vertrauens- und Sicherheitsverlust, Rückzug, Isolation und Unsichtbarkeit zur Folge.

fahrung, Rückzug und Unsichtbarkeit zur Folge. Oft wissen betroffene Juden_Jüdinnen nach antisemitischen Vorfällen nicht, an wen sie sich wenden und wem sie vertrauen können. Ihre Ängste, Hilflosigkeiten, Ambivalenzen, aber auch ihre Trauer und ihre Wut bleiben vielfach unsichtbar. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass an vielen Stellen, wie z. B. am Arbeitsplatz, in Bildungseinrichtungen, in Behörden oder in öffentlichen Diskursen, antisemitische Vorfälle gar nicht als solche erkannt und behandelt werden wollen und können.

Speziell rund um Demonstrationen und Kundgebungen deuten Betroffenenenerfahrungen darauf hin, dass sich Polizeibeamt_innen im Einsatz, jedoch auch in Polizeikommissariaten bei Anzeigerstattungen mit der inhaltlichen Einordnung von antisemitischen Vorfällen überfordert zeigen. Betroffene berichteten dem Projekt, dass sie zur Anzeigerstattung bereit seien und den direkten Kontakt zur Polizei aufgrund von expliziten antisemitischen Vorfällen und mit dem Bedarf nach Schutz suchten. Den Berichten der betroffenen Personen zufolge ist bei verschiedenen Vorfällen weder

eine Anzeige aufgenommen worden noch von Polizeikommissariaten an **empower** als fachspezifische Beratungsstelle weiterverwiesen worden.

Ferner werden Juden_Jüdinnen, die sich gegen Antisemitismus positionieren, sowie Einzelpersonen und Institutionen, die sich solidarisch gegen Antisemitismus stellen, exponiert und im digitalen sowie auch im analogen Raum zur Zielscheibe von Anfeindungen und Bedrohungen gemacht. Vielfach berichten Betroffene und Angehörige in Beratungen, dass sie auf gepackten Koffern sitzen, sich einen Plan B überlegen, weil sie sich in Hamburg bzw. Deutschland nicht (mehr) sicher fühlen können.

► erfasste antisemitisch motivierte Vorfälle in Hamburg 2020–2023



*1. – 3. Quartal | ** 4. Quartal

Rassismus

Rassismus ist keine Randerscheinung, sondern in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet, wie Berichte der ver-

Betroffene erleben Rassismus in verschiedensten Formen und Wirkungsweisen, an unterschiedlichsten Orten und in allen Lebensbereichen. verschiedenen Communities sowie repräsentative Studien zu Einstellungsmustern seit Jahrzehnten zeigen.³ Betroffene erleben Rassismus in Hamburg in verschiedensten Formen und Wirkungsweisen, an unterschiedlichsten Orten und in Situationen, die alle Lebensbereiche betreffen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg

2023 die Zahl der erfassten rassistisch motivierten Angriffe in Hamburg um fast 35 Prozent. **empower** erfasst und unterscheidet verschiedene Formen von Rassismus. Hierzu zählen spezifische Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus, antimuslimischem Rassismus und Rassismus gegen Roma* und Sinti*. Von den Vorfällen, bei denen die Form des Rassismus spezifiziert werden konnte, wurden Anti-Schwarzer Rassismus (78 Vorfälle) und antimuslimischer Rassismus (62 Vorfälle) am häufigsten verzeichnet. Auch hier stiegen die Zahlen im Vergleich zu den Vorjahren weiter stark an.

► erfasste rassistisch motivierte Vorfälle in Hamburg 2023

Rassismus gesamt	348
davon Rassismus gegen Roma* und Sinti*	14
davon Anti-Schwarzer Rassismus	78
davon Antimuslimischer Rassismus	62

3 siehe u. a. die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (<https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabda3e0fd>) und die Leipziger Autoritarismus-Studie (https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf)

Rassismus gegen Roma* und Sinti*

Rassismus gegen Sinti* und Roma* wird sowohl in den polizeilichen Erhebungen wie auch in medialen Berichterstattungen auch in Hamburg kaum registriert. Gleichzeitig sind Debatten, Medienbeiträge, parlamentarische Anträge sowie institutionelle Vorgaben und Umgangsweisen häufig von rassistischen Grundtönen, codierten Äußerungen sowie Handlungen gegen Roma* und Sinti* in Hamburg gezeichnet. Beispiele hierfür sind unter anderem die Debatten und Berichterstattungen zu Unterkünften in Mundsburg, City-Nord sowie Eidelstedt oder auch Berichte zu Abwertungen, Verleumdungen und Nichtaufnahme von Personen mit bestimmten Namen in Geflüchtetenunterkünften und Mietswohnungen. Betroffene waren mehrheitlich darauf angewiesen, durch eigene Recherchen oder mit Unterstützung von Communitymitgliedern Vorfälle bei **empower** zu melden, Beratung und Unterstützung zu erhalten.

Die ausbleibenden Solidarisierungen, sich verstetigende gesellschaftliche Dynamiken fortwährender rassistischer Abwertung und eine damit

verbundene Unsichtbarkeit der Lebensrealitäten und Erfahrungen von Roma* und Sinti* in Hamburg führen bei Betroffenen zu wachsenden Unsicherheiten und Misstrauen gegenüber Behörden und anderen nicht-communitybasierten Netzwerken, Strukturen und Institutionen. Daher ist davon auszugehen, dass ein Großteil der rassistischen Vorfälle, die sich explizit gegen Roma* und Sinti* richten, nicht erfasst wird.

• **Ausbleibende Solidarisierungen und Dynamiken fortwährender rassistischer Abwertung führen bei Betroffenen zu wachsenden Unsicherheits-erfahrungen.**

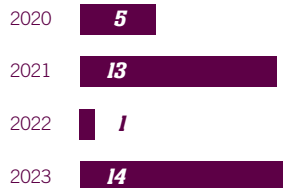
Aufgrund der verstärkten aufsuchenden Arbeit und Vernetzung mit Personen und Strukturen der Communities konnte **empower** im Vergleich zum Vorjahr für das Jahr 2023 mehr Vorfälle von Rassismus gegen Roma* und Sinti* dokumentieren und mehr Beratungen als in den Vorjahren durchführen. Berichte von Betroffenen und Multiplikator_innen der Communities in Hamburg machen deutlich, dass Rassismus gegen Sinti* und Roma* auch in Hamburg weiterhin verbreitet ist und als Tatmotivation hervortritt. Gleichzeitig ist weder in Institutionen noch in der Gesamtgesellschaft ausreichend Wissen um historische Erfahrungen der Verfolgung und Vernichtung, die intergenerationalen

Traumaerfahrungen sowie die weiterhin aktuelle globale Verfolgung, Stigmatisierung und Marginalisierung der Roma* und Sinti* vorhanden. Diese brisanten Leerstellen haben fehlende Konzepte, Umgangsweisen und fehlende solidarische Strategien der Institutionen zufolge. Damit erschweren sich die Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen, die Gefährdungen für Gesundheit, Leben und Würde von Sinti* und Roma* verstärken sich und eine erhöhte Sichtbarkeit wird verhindert.

Die Mehrheit der rassistischen Vorfälle gegen Roma* und Sinti* verzeichnete **empower** insbesondere in der Nachbarschaft der Betroffenen. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 flohen auch viele Roma* aus der Ukraine nach Deutschland. Hier wurden sie meist in schlecht ausgestatteten Massenunterkünften untergebracht. Betroffene berichteten

auch im Jahr 2023 von Angriffen, Beleidigungen und Volksverhetzungen in und um diese Unterkünfte. Ebenso haben Roma* und Sinti* in Privatwohnungen mit Stigmatisierungen, Beleidigungen und Verleumdungen zu kämpfen. Immer wieder kommt es durch Vermietende oder Nachbar_innen zu verbalen Angriffen aufgrund vermeintlicher „Ruhestörung“ oder „Verschmutzungen“.

► **erfasste Vorfälle von Rassismus gegen Roma* und Sinti* in Hamburg 2020–2023**



Zur Bezeichnung *Roma** und *Sinti**:

Das Projekt *empower* befindet sich in einer ständigen Suchbewegung bezüglich diskriminierungssensibler Sprache.

Die Schreibweise **Roma*** und **Sinti*** folgt Hinweisen darauf, dass die **Selbstbezeichnung** Sinti linguistisch bereits den Plural abbildet und damit alle Geschlechter umfasse. Die gegenderte Schreibweise **Rom_nja und Sinti_ze** wird von einer Mehrheit der Communities als **Fremdbezeichnung** wahrgenommen und abgelehnt.¹

Demgegenüber stehen andere Positionierungen und Forderungen aus feministischen Perspektiven der Communities.²

Um sowohl gendersensible Sprache als auch Selbstbezeichnungen zu berücksichtigen, wird in dieser Publikation die Bezeichnung *Roma** und *Sinti** benutzt. Diese Schreibweise ist kein endgültiger, sondern vielmehr ein aktueller Stand im laufenden Prozess der Suchbewegung.

1 siehe u. a. <https://www.vdsr-rlp.de/kontroverse-zum-gendern-der-selbstbezeichnung-sinti-und-roma-einleitung/>

2 (siehe u. a.: <https://www.romnja-power.de/eine-kleine-geschichte-von-romnja-und-sintizeoder-woher-kam-das-gendern-von-hajdi-barz/>)

Anti-Schwarzer Rassismus

Anti-Schwarzer Rassismus als Tatmotivation für rechte Gewalt blieb im Jahr 2023 nicht nur quantitativ hochbedeutend, sondern auch in seiner Qualität. Schwarze Menschen werden in Hamburg vor allem im öffentlichen Raum, aber auch in Bildungseinrichtungen

Schwarze Menschen werden in Hamburg an verschiedensten Orten und unabhängig von Alter, Geschlecht und Schichtzugehörigkeit beleidigt und angegriffen.

und Behörden, bei Ärzt_innen und in der Nachbarschaft beleidigt, genötigt, angegriffen und verletzt. Im Nahverkehr und auf offener Straße sind Schwarze Menschen vielfach schweren verbalen und körperlichen Angriffen

ausgesetzt. Die Übergriffe richten sich dabei gegen Schwarze Personen jeglichen Alters, von Kleinkindern bis hin zu Erwachsenen, gegen Personen allen Geschlechts sowie aller Schichtzugehörigkeiten.

In einem spezifischen Vorfall wurde eine Schwarze Mutter mit ihren Kindern im Nahverkehr wiederholt rassistisch mit dem N-Wort und der Aussage, sie solle „zurück, wo sie hingehöre“, beleidigt. In diesem Vorfall sah sich

die Betroffene auch durch die sich vor Ort im Einsatz befindenden Polizeikräfte nicht ausreichend geschützt. Die Betroffene schildert, dass die fortwährenden Anfeindungen ihr gegenüber nicht unterbunden, sondern als von der Meinungsfreiheit gedeckt eingeordnet wurden.

Exemplarisch für Körperverletzungen gegen Schwarze Personen im öffentlichen Raum steht etwa ein Gruppenangriff auf offener Straße auf einen Schwarzen Jugendlichen durch eine ihm unbekannte Gruppe von Täter_innen. Der Jugendliche wurde unvermittelt, ohne vorherige Auseinandersetzung, aus dem Hinterhalt von der Gruppe angegriffen. Als Folge der Tat erlitt er schwere Körperverletzungen sowie psychische Belastungen, verstärkt durch andauernde Unsicherheitserfahrungen, Wut und Trauer. Der erschütternde Vorfall und seine schwerwiegenden Folgen wirkten sich außerdem auf die Familienangehörigen und Freund_innen des Betroffenen belastend aus. Das Unvermittelte der Tat auch vor dem Hintergrund, dass sich Täter_innen und Opfer nicht kannten, verdeutlicht außerdem ihren Botschaftscharakter.

Virulent bleiben rassistische Taten aus der direkten Nachbarschaft in den verschiedenen Stadtteilen Hamburgs.

Schwarze Familien und insbesondere Mütter und Kinder, sind in ihrer Nachbarschaft von Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Nötigungen und Übergriffen betroffen. Angriffe finden beispielsweise im Treppenhaus oder in Gemeinschaftsräumen wie Kellern statt. Auch hier kommt es zu expliziten rassistischen Beleidigungen, stigmatisierenden Anschuldigungen und körperlichen Übergriffen gegen Schwarze Menschen. In einem konkreten Fall wurden Betroffene zudem wiederholt von einer Nachbarin und ihrem Hund verfolgt und bedroht.

Darüber hinaus werden **empower** immer wieder verschiedene Vorfälle von unverhältnismäßiger Polizeigewalt und Racial Profiling gegen Schwarze Personen gemeldet, die verschiedenste Hamburger Stadtteile betreffen und teilweise an Beratungsbedarfe geknüpft sind. Betroffene berichten, dass Solidarisierungen etwa durch Tatzeug_innen in der Regel fehlten. Auch fehlt aus Sicht von Betroffenen in Hamburg etwa im Kontext von polizeilichem Fehlverhalten und unverhältnismäßiger Polizeigewalt eine von der Polizei unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle. Für die Betroffenen und Communities wirken die polizeiinternen Umgangsweisen mit Beschwerden oft intransparent. Zudem würden ihre Beschwerden häufig

negiert, wodurch es aus Sicht der Betroffenen auch an Gerechtigkeit und Wiedergutmachung fehle. Nicht zuletzt bedeuteten die Fälle und entsprechende rechtliche Verfahren in diesem Kontext finanzielle Belastungen für die betroffenen Personen. Viele Betroffene würden daher abwägen, ob sie sich überhaupt an die Polizei, andere Behörden oder die Öffentlichkeit wenden sollen.

Viele Betroffene würden daher abwägen, ob sie sich überhaupt an die Polizei, andere Behörden oder die Öffentlichkeit wenden.

Ebenfalls ereigneten sich im Jahr 2023 viele Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus in Bildungseinrichtungen und insbesondere in Schulen. Betroffene berichten, dass sich Schwarze Kinder an Schulen und Kitas durch Pädagog_innen, andere Kinder und Jugendliche sowie durch andere Eltern mit Stigmatisierungen, Bedrohungen und Übergriffen konfrontiert sehen. Häufig wird den Betroffenen und ihren Eltern in den Bildungseinrichtungen durch Verantwortungsträger_innen kein Glauben geschenkt. Stattdessen werden ihnen bei der Benennung von Vorfällen vielfach Aggressionen und Überemotionalität unterstellt. Schwarze Kinder und Jugendliche werden häufig nicht altersgerecht behandelt und entsprechende Schutz- und Ent-

faltungsräume werden ihnen dadurch immer wieder verwehrt. Vielmehr werden erhöhte Anforderungen an sie gestellt, weshalb sie im Alltag vergleichsweise eher diszipliniert werden.

Viele Beratungsfälle machen deutlich, dass es der Mehrheit der beteiligten Stellen und Multiplikator_innen an

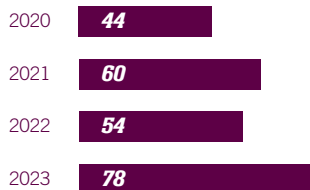
Beratungsfälle verdeutlichen, dass es an Einsicht und Sensibilität sowie an Bereitschaft zu Aufklärung, Interventionen und Opferschutz fehlt.

Einsicht, Sensibilität und Bereitschaft zum Aufklären der Vorfälle, zu Interventionen sowie zum Umsetzen des Opferschutzes fehlt. Ein exemplarischer Fall ereignete sich Ende 2023 an einem Hamburger Gymnasium. Dort kam

es wiederholt zu Anti-Schwarzen rassistischen Beleidigungen, Volksverhetzungen und NS-Verherrlichung in einer klassenübergreifenden Chat-Gruppe sowie im Klassenraum. Betroffene schildern, dass Lehrkräfte währenddessen anwesend gewesen seien. Mehrere hilfeschuchende Eltern

seien daraufhin als überemotional, den Schulfrieden störend sowie das Schulimage gefährdend markiert worden. Die Vorfälle wurden laut Schilderungen der Betroffenen als legitime Grenztestungen von Jugendlichen gerechtfertigt. Die Betroffenen schilderten, dass sie mit ihren Belastungen alleine gelassen wurden. Die Schule brachte die rassistischen Vorfälle nicht zur Anzeige.

► **erfasste Anti-Schwarz rassistisch motivierte Vorfälle in Hamburg 2020–2023**



Antimuslimischer Rassismus

Vorfälle von antimuslimischen Rassismus finden in Hamburg überwiegend im öffentlichen und digitalen Raum sowie in Bildungseinrichtungen und in der direkten Nachbarschaft der Betroffenen statt. Häufig handelt es sich dabei um Volksverhetzungen, Beleidigungen und Bedrohungen bis hin zu Körperverletzung. Muslim_innen sind rassistischen Erzählungen, Stigmatisierungen und Abwertungen ausgesetzt. Vielfach werden ohne Differenzierung vermeintliche oder tatsächliche Muslim_innen in die Nähe von islamistischen Gruppierungen gerückt und als „gefährlich, kriminell, nicht emanzipiert oder ruhestörend“ markiert. Auch in den öffentlichen Diskursen in Hamburg werden die Zugehörigkeit zum Islam und die muslimischen Communities nicht selten

unter Generalverdacht gestellt.

Diese einschneidende Normalisierung verdeutlicht, wie alltäglich bestimmte Aggressionen für viele Betroffenen und Communities geworden ist.

Häufig kommen Betroffene erst in Beratungen oder melden Vorfälle, wenn sich die Vorfälle zunehmend zuspitzen und bereits mehrere Über-

griffe stattgefunden haben. Diese einschneidende Gewöhnung verdeutlicht, wie alltäglich und normalisiert bestimmte Aggressionen für viele Betroffene und Communities geworden sind. Muslimische Jugendliche werden beispielsweise in der Schule beleidigt und als Terrorist_innen verunglimpft, Musliminnen mit Kopftuch auf offener Straße oder auf dem Weg zur Arbeit und in ihrer Nachbarschaft attackiert und beleidigt. Betroffene berichten im Anschluss daran von einer selektiven Wahrnehmung hinsichtlich solcher Angriffe, um ihre Alltagsfähigkeit beibehalten zu können. So vermeiden es Familien, Gemeinden und Communities nicht selten, sich mit dem weiterhin grassierenden antimuslimischen Rassismus aus der gesamten Gesellschaft und in allen Lebensbereichen auseinanderzusetzen.

Wie sich aus den Praxiserfahrungen des Projekts **empower** erkennen lässt, nehmen Behörden, Institutionen und Verantwortungsträger_innen, aber auch zivilgesellschaftliche Stellen wie Vereine, Gewerkschaften oder kirchliche Strukturen die Berichte und Erfahrungen von Betroffenen häufig nicht ernst, weshalb

• Verschiedene Akteur_innen nehmen Berichte und Erfahrungen von Betroffenen nicht ernst, weshalb es zu weiteren Vertrauensbrüchen kommt.

es bei Betroffenen zu weiteren Vertrauensverlusten kommt. So erfasste und begleitete **empower** verschiedene Fälle, in denen Schulen und Lehrkräfte Vorfällen von antimuslimischem Rassismus wenig Bedeutung zugemessen haben. Interventionen blieben häufig aus und wenn betroffene muslimische Kinder oder ihre Eltern rassistische Erfahrungen thematisieren, skandalisieren Schulvertreter_innen dies. In einem konkreten Fall an einer Hamburger Berufsschule kam es wiederholt zu Antimuslimisch rassistischen

Nach einer Beschwerde bei Lehrkräften und der Schule wurden die Vorfälle als vermeintliche Witze bagatellisiert.

der Schule als vermeintliche Witze bagatellisiert. Die Betroffene sah sich im Umgang mit den Vorfällen weitestgehend auf sich allein gestellt und musste gleichzeitig als kurz vor den Prüfungen stehende Auszubildende ihre Schul- und Arbeitsfähigkeit aufrechterhalten. Laut Schilderungen gegenüber dem Projekt **empower** wurde zunächst von Seiten der Schule auf disziplinarische Interventionen gegenüber dem Täter und auf offene Thematisierungen und Interventionen in der

Beleidigungen und Verunglimpfungen im Klassenraum und in Gruppenchats. Laut Schilderung der Betroffenen wurden die Vorfälle nach einer

Klasse verzichtet. Erst über Umwege und Hinweise aus ihrem privaten Umfeld fand die Betroffene den Weg zum Projekt **empower** und damit zur Wahrnehmung ihres Rechtes auf Beratung, Begleitung und Unterstützung sowohl im Hinblick auf psychosoziale Aspekte als auch auf lokale Interventionen und den Verlauf des Ermittlungsverfahrens.

In über einem Viertel der antimuslimisch-rassistischen Vorfälle (27 Prozent) kommt es zu physischer Gewalt und Körperverletzungen bis hin zu versuchter Tötung. Exemplarisch steht hierfür eine versuchte Tötung, die sich im Mai 2023 in Niendorf ereignete. In einem Mehrfamilienhaus schoss ein Nachbar einer Muslima mit einem Gewehr durch ihre geschlossene Wohnungstür. Vorausgegangen war der Tat eine Terrorisierung der Betroffenen durch den rechten, rassistischen Täter in ihrem Wohnhaus und sogar in ihrer Wohnung. Der Nachbar hatte

In über einem Viertel der antimuslimisch-rassistischen Vorfälle (27 Prozent) kommt es zu physischer Gewalt und Körperverletzungen bis hin zu versuchter Tötung.

sie und ihre Familie mehrfach an der Wohnungstür aufgesucht und beleidigt sowie mit einschlägigen rassistischen Aushängen schikaniert. Die Betroffene hat vor der versuchten Tötung

mehrfach versucht, Hilfe zu bekommen, etwa indem sie weitere Nachbar_innen und ihren Vermieter informierte sowie durch das Stellen einer Strafanzeige. Obwohl sich die rassistischen Schikanen weiter zuspitzten, erhielt sie wenig bis keine Unterstützung. Die versuchte Tötung hatte für die Betroffene schließlich eine massive Traumatisierungserfahrung zur Folge. Es war ihr unmöglich, an den Gewaltort zurückzukehren, weshalb sie schlagartig wohnungslos wurde. Behörden haben erst auf nachdrückliche Anfrage von **empower** Unterstützung bei der Wohnungsfindung geleistet. Finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der entstandenen materiellen Schäden

Der Vorfall zeigt, wie nachhaltig und schwer antimuslimische rassistische Gewalt in Schutzräume wie das eigene Zuhause von Betroffenen eingreift.

und finanziellen Folgen unterblieb seitens städtischer und staatlicher Institutionen völlig. Der Vorfall zeigt, wie nachhaltig und schwer antimuslimische rassistische Gewalt in Schutzräume wie

das eigene Zuhause von Betroffenen eingreift und wie selten und unzureichend diese Unterstützung erhalten.

Beim Täter zuhause fand die Polizei beim Eintreffen nach der Tat zahlreiche NS-Devotionalien und Schusswaffen, für die auch keine Waffenscheine

vorlagen. Zeug_innen berichteten außerdem, dass der Täter in der Nachbarschaft und in einer Kneipe regelmäßig durch rassistische Äußerungen aufgefallen war und auch die Tat mehrfach öffentlich, z. B. in Chats, angekündigt hatte. Trotz dieses Wissens einiger Nachbar_innen gab es keinerlei Interventionen gegenüber dem Täter, da seine Aussagen vielfach nicht ernst genommen wurden. Teilweise wurde er sogar noch zusätzlich motiviert. Das verdeutlicht, wie Ermöglichungsräume für die Tat trotz akuter Hinweise offen

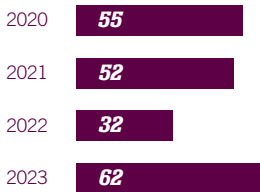
blieben oder sich sogar vergrößerten. Positiv hervorzuheben sind demgegenüber die Aufarbeitung und Aufklärung

der Tat. Dank der Aussagen der Betroffenen und der akribischen Arbeit der zuständigen Ermittler_innen konnten genügend Beweise festgestellt werden, um diese Ermöglichungsräume und die politisch-weltanschaulichen Hintergründe der Tat im Gerichtsverfahren gegen den Täter offenzulegen. Deutlich wurde in dieser Verhandlung zudem die Bedeutung einer fachlich fundierten Expertise von Gerichtsgutachter_innen. Das fachliche Gutachten zeigte an verschiedenen Stellen die politischen Dimensionen der

Positiv hervorzuheben sind demgegenüber die Aufarbeitung und Aufklärung der Tat.

Gewalttat auf, unter anderem durch die Verknüpfung medizinisch-psychotherapeutischen Wissens mit den gesellschaftspolitischen Hintergründen sowie den Handlungsmustern und biographischen Kontexten von rechten und rechtsterroristischen Täter_innen bzw. Taten. Nicht zuletzt gab es aufgrund von Interventionen und verstärkten öffentlichen Thematisierungen des Vorfalls bedeutende Solidaritätsbekundungen aus der Zivilgesellschaft und von antifaschistischen Initiativen rund um die Gerichtsverhandlung und auch im weiteren Verlauf.

► **erfasste antimuslimisch
rassistisch motivierte Vorfälle
in Hamburg 2020–2023**



Weitere Formen von Rassismus

Zusätzlich zu den genannten Formen erfasst das Projekt **empower** in der Gesamterhebung auch Vorfälle von Anti-Asiatischem, antislawischem und antikurdischem Rassismus. Diese weisen ebenfalls jeweils spezifische historische Kontinuitäten und Bezüge z. B. zum Kolonialismus und Nationalsozialismus auf, die sich bis heute etwa in rassistischen Einstellungen, Erzählungen und Angriffen fortschreiben.

Anti-Asiatischer Rassismus

Anti-Asiatischer Rassismus fand einen zwischenzeitlichen Höhepunkt in Folge der Covid-19-Pandemie. Jedoch war er in Hamburg schon vor der Pandemie weit verbreitet und ist es auch heute noch. Eine solche Tradierung verdeutlicht beispielsweise der Fall der 1980 bei einem Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft ermordeten Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, denen erst im Mai 2024, also 44 Jahre nach dem rassistischen Attentat, durch die Umbenennung eines Teils der Halskestraße in Billbrook

ein offizieller Gedenkort geschaffen wurde. Mit der Pandemie aktualisierten sich im Kontext

von Anti-Asiatischem Rassismus bestimmte Stigmata, wie beispielsweise Erzählungen von „Gefahr“, die von Asiat_innen vermeintlich ausginge. Betroffene wurden zunehmend als vermeintlich gefährliche Krankheitsüberträger_innen diffamiert. Auch beteiligten sich Medien an der Aktualisierung eines Anti-Asiatischen Verschwörungsmythos im Kontext der Pandemie, etwa indem sie in Berichterstattungen stereotype und rassifizierte bildliche und textliche Darstellungen reproduzierten. Ferner kursieren bis heute Verschwörungserzählungen einer absichtlichen Verbreitung des Covid-19-Virus. Vor diesem diskursiven Hintergrund waren Asiat_innen in Hamburg auch im Jahr 2023 Angriffen und Beschimpfungen ausgesetzt. Direktbetroffene meldeten bei **empower** verschiedene Vorfälle im Nahverkehr, auf offener Straße und in Arztpraxen, sowohl im Wartezimmer wie auch direkt von Ärzt_innen ausgehend. Bei allen Vorfällen waren verschiedene Zeug_innen anwesend, die jedoch nicht reagierten.

• **Mit der Pandemie aktualisierten sich Anti-Asiatisch rassistische Stigmata, wie beispielsweise Erzählungen von „Gefahr“, die von Asiat_innen vermeintlich ausginge.**

Antikurdischer Rassismus

Das Projekt **empower** verzeichnete in Hamburg weiterhin Vorfälle von antikurdischem Rassismus. Auch diese Form des Rassismus ist in Hamburg seit Jahrzehnten verbreitet und äußert sich immer wieder in verschiedenen Übergriffen. Die erfassten Vorfälle in

Antikurdischer Rassismus ist in Hamburg seit Jahrzehnten verbreitet und äußert sich immer wieder in verschiedenen Übergriffen.

Hamburg sind oft eng verzahnt mit extrem rechtem türkischem Ultranationalismus, wie er beispielsweise von den Grauen Wölfen ausgeht. Extrem rechte türkische Gruppierungen setzen sich für die Gründung eines sogenannten großtürkischen Reichs ein und sind schon seit den späten 1960er Jahren auch in Deutschland aktiv.⁴ Durch langjährige Organisation und Vernetzung sowie Unterstützung auch von konservativen deutschen Parteien sind ihre Strukturen inzwischen vielfach institutionalisiert und ihr Einfluss reicht auch in verschiedenen Hamburger Stadtteilen teilweise bis weit in etablierte lokal- und vereinspolitische Strukturen. Täter_innen sind zudem

oft gut mit den Strukturen in der Türkei vernetzt. Entsprechend erhalten Hamburger Betroffene in einigen Fällen auch aus diesen internationalen Vernetzungen explizite Bedrohungen von sich in der Türkei befindenden Täter_innen. Mitglieder kurdischer Communities, Journalist_innen und andere engagierte Personen werden in Hamburg wiederholt zu Adressat_innen von Bedrohungen und auch körperlichen Angriffen.

Im Kontext von Sportereignissen, wie beispielsweise Amateurfußballspielen, kommt es wiederholt zu Zuspitzungen antikurdischer Angriffe und der Verwendung ultranationalistischer türkischer Symbole. Betroffene Spieler_innen und Schiedsrichter_innen bemängeln in diesem Zusammenhang fehlende Konsequenzen wie z. B. Schutzkonzepte und Interventionen seitens der Verbände.

Auch kurdische Vereine und Veranstaltungen, wie etwa im Rahmen des Newroz-Festes, werden regelmäßig zu Zielen von massiven Bedrohungen, Sachbeschädigungen und körperlichen Angriffen.

Betroffene Spieler_innen und Schiedsrichter_innen bemängeln fehlende Schutzkonzepte und Interventionen seitens der Verbände.

⁴ siehe u. a.: Kemal Bozay: Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/>

Der *Extremismus*begriff

Der Extremismusbegriff und zugehörige Theorien sind in Deutschland eng an sicherheitsbehördliche Perspektiven auf die Aufrechterhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geknüpft.

Hieran gibt es vielerlei Kritik, u. a. aufgrund der Gleichsetzung von linken und rechten Akteur_innen, Einstellungen und Handlungen und der Annahme einer gemäßigten Mitte im sogenannten „Hufeisenmodell“, oder aufgrund seines statischen Bezugs auf das deutsche Grundgesetz. Ein solches Extremismusverständnis hat zur Folge, dass **Radikalisierungsprozesse** vor allem in der sogenannten Mitte der Gesellschaft **übersehen** und Rechtsextremismus und rechte, rassistische und antisemitische Gewalt immer wieder **verharmlost** werden. Vor diesem Hintergrund spricht das Projekt **empower** nicht von extremistischer, sondern von rechter, extremer oder extrem rechter Gewalt und Akteur_innen.

Ausdrücklich hingewiesen sei hier jedoch auf Bemühungen um kritische Einordnungen und alter-

native Extremismusverständnisse. Exemplarisch sind hier allgemein die **kritische Rechtsextremismusforschung** und speziell ein **dynamischer Extremismusbegriff** zu nennen. Letzterer sagt sich von Links-Mitte-rechts-Schemata sowie einzelnen staatlichen Ordnungsmodellen los und etabliert stattdessen Pluralismus, Individualität und Heterogenität als Maßstäbe. Extremistisch wären demnach Akteur_innen oder Bestrebungen, die die Ungleichwertigkeit von Menschen behaupten, und Individualität und Pluralismus zu Gunsten homogen konstruierter („Volks“-)Gruppen ablehnen.

Siehe hierzu auch:

Eva Berendsen, Katharina Rhein & Tom David Uhlig: „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“¹

Samuel Salzborn & Matthias Quent: „Warum wird rechts-extremer Terror immer wieder unterschätzt? Empirische und theoretische Defizite statischer Perspektiven“²

1 <https://www.verbrecherverlag.de/shop/extrem-unbrauchbar-ueber-gleichsetzungen-von-links-und-rechts/>

2 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD6/01_Salzborn_Quent.pdf

Antislawischer Rassismus

Schon seit seinem Bestehen erfasst das Projekt **empower** immer wieder Vorfälle von antislawischem Rassismus. Seit den verstärkten Fluchtbewegungen,

**Seit den verstärkten
Fluchtbewegungen,
sind in Hamburg
auch im Jahr 2023
vermehrt antisla-
wische rassistische
Angriffe zu
verzeichnen.**

insbesondere aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine ab Februar 2022, sind in Hamburg auch im Jahr 2023 vermehrt antislawische rassistische Angriffe zu verzeichnen. Insbesondere in

ihrer Nachbarschaft und am Arbeitsplatz werden ukrainische, aber auch andere als osteuropäisch wahrgenommene Personen und Familien verbal und physisch attackiert. Aufgrund mangelnder öffentlicher Aufmerksamkeit und Unterstützung fühlen sich Betroffene häufig nicht ernst genommen und bleiben unsichtbar. Hierbei spielt eine Rolle, dass antislawischer Rassismus zwar eine lange Geschichte in Europa hat, jedoch oft aus dem Blick verloren oder verharmlost wird. Beständig zeigen sich seit Jahrhunderten Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Personen aus Osteuropa oder Personen, die als solche wahrgenommen

werden, als „unzivilisiert“, „ungebildet“ oder „rückständig“ kategorisieren. Im Nationalsozialismus gipfelten diese Vorurteile, „rassen“ideologisch gestützt, in massenhafter Verfolgung und Vernichtung. Auch nach dem Nationalsozialismus setzte sich indes antislawischer Rassismus fort. So sind die nationalsozialistischen Verbrechen bis heute lediglich unzureichend aufgeklärt worden. Zudem wurden antislawische Ressentiments auch während des Kalten Krieges im Rahmen von antikommunistischen Bestrebungen vorangetrieben, wie auch im Kontext von Fluchtbewegungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989.

Entsprechende Vorstellungen und Abwertungen durch Täter_innen wurden in verschiedenen Beratungsprozessen von Betroffenen von antislawischem Rassismus deutlich, wie beispielsweise gegen eine junge Familie mit polnischer Migrationsgeschichte. Die betroffene Familie, Eltern und ein Kleinkind, war im Treppenhaus antislawisch-rassistischen Beleidigungen und expliziten Nötigungen und Bedrohungen durch direkte Nachbar_innen ausgesetzt. Anschließend verharmlosten sowohl die Vermietenden als auch die informierte Polizei die rassistischen Motivationen hinter diesen Taten. In einem weiteren Beratungsfall sah sich ein Betroffener als Angestell-

ter der Stadt Hamburg an seinem Arbeitsplatz rassistischen Beleidigungen durch zwei Kollegen ausgesetzt. Laut dem Betroffenen wurde seitens der vorgesetzten Person nicht interveniert.

Rechte Gewalt gegen weitere Betroffenengruppen

Das Monitoring des Projekts *empower* verdeutlicht, dass sich auch in Hamburg Vorfälle von rechter Gewalt zunehmend ausdifferenzieren und weitere Betroffenenengruppen verstärkt in den Fokus von Bedrohungen und Angriffen geraten. Vor allem wurden häufiger Vorfälle erfasst, die sich gegen politische Gegner_innen, Journalist_innen und politische Verantwortungsträger_innen richten. Zudem sind im Jahr 2023 weiterhin die Zahlen der dokumentierten Vorfälle rechter Gewalt gegen sexuelle Orientierung bzw. sexuelle Identität die häufigsten im Kontext von rechter Gewalt gegen weitere Betroffenenengruppen.

Rechte Gewalt gegen sexuelle Orientierung bzw. Identität (LGBTIQ+)

LGBTIQ+-Personen sind vor allem Beleidigungen, Volksverhetzungen sowie Nötigungen und Bedrohungen im öffentlichen und digitalen Raum ausgesetzt. Hinzu kommen Körperverletzungen, die mehr als

20 Prozent der Vorfälle ausmachen und vor allem in der Öffentlichkeit erfasst wurden. Getragen werden diese Vorfälle durch ein gesellschaftliches Klima, das unter anderem durch so-

genannte „Anti-woke“-Bewegungen geprägt ist. Ein Beispiel hierfür ist die Volksinitiative, die teilweise auch von verschiedenen Parteien in der Bürgerschaft unterstützt wird und sich gegen gendergerechte Sprache in Behörden richtet. Die Initiative formierte sich in Hamburg bereits im Januar 2023 und verbreitete u. a. homophobe sowie queerfeindliche Erzählungen. In solchen Debatten werden queere Lebensweisen negiert und ausgehend von heteronormativen Ideologien als anti-evolutionär gerahmt. LGBTIQ+-

• **Getragen werden diese Vorfälle durch ein gesellschaftliches Klima, das unter anderem durch sogenannte „Anti-woke“-Bewegungen geprägt ist.**

Communitymitglieder sind entsprechenden Entwürdigungen und Stigmatisierungen ausgesetzt.

Täter_innen nehmen etwa Anstoß an öffentlicher Sichtbarkeit von queeren Lebensweisen oder dem Tragen von LGBTIQ+-Symbolen. Betroffene werden meist unvermittelt in ihrem Alltag und auf offener Straße zu Zielen von physischen und verbalen Angriffen. Hinzu kommt, dass Intersektionalität von Betroffenen ihre Vulnerabilität erhöht. Queere Jüdinnen_Juden oder Schwarze Trans-Personen sind beispielsweise von mehreren Unterdrückungsmechanismen gleichzeitig betroffen und machen daher potenziell

**Betroffene berichten
von Ängsten davor,
bestimmte Orte auf-
zusuchen und be-
stimmte Räume nur
unter hohem Stress
betreten zu können.**

mehrere verschiedene Viktimisierungserfahrungen. Viele Betroffene berichten von Ängsten davor, bestimmte Orte aufzusuchen, und davon, bestimmte Räume nur unter hohem

Stress betreten zu können. Dieses deutet nicht zuletzt darauf hin, dass auch in Hamburg weiterhin wenig Schutzräume für LGBTIQ+-Personen vorhanden sind.

Rechte Gewalt gegen politische Gegner_innen

Politische Gegner_innen von rechten Täter_innen sind überwiegend von Nötigungen und Bedrohungen betroffen. Weit verbreitet sind Drohbriefe und / oder Bedrohungen per Mail oder in sozialen Medien. Ehrenamtlich Engagierte, politische Personen und Institutionen sowie Antifaschist_innen sollen eingeschüchtert und von der Ausübung ihres politischen Engagements abgebracht werden.

Politische Gegner_innen sollen eingeschüchtert und von der Ausübung ihres politischen Engagements abgebracht werden.

Hinzu kommen Sachbeschädigungen mit rechten Parolen, Symbolen oder Stickern, die Täter_innen strategisch gezielt an Orten von als Gegner_innen wahrgenommenen Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen platzieren.

Auch kommt es in Hamburg kontinuierlich zu Körperverletzungen, vor allem im öffentlichen Raum. Beispielhaft hierfür steht ein körperlicher Angriff auf eine Frau, der sich 2023 ereignete. Während die Betroffene tagsüber auf offener Straße unterwegs war, wurde sie von einem Täter auf-

grund seiner Vermutung, sie sei eine antifaschistisch engagierte Person, unvermittelt und wiederholt misogyn beleidigt und körperlich angegriffen. Sie trug Verletzungen davon, ehe couragierte Zeug_innen zu Hilfe kamen und den Täter überwältigten.

Aufgrund verschärfter politischer Debatten gegen politisch engagierte Personen und Initiativen auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren haben sich hier auch Sag- und Machbarkeiten erweitert. Bedingt durch Debatten um Geflüchtetenunterkünften, in denen immer wieder unwidersprochen Ablehnung zum Ausdruck kommt, oder um Abschiebungen, die gefordert werden, verzeichnete **empower** 2023 ebenfalls vermehrt Angriffe und Bedrohungen gegen Personen und Initiativen, die sich in der Geflüchtetenhilfe engagieren.

Rechte Gewalt gegen Journalist_innen

Wie andere Erhebungen für den gesamten Bundesraum stellt auch **empower** für Hamburg im Jahr 2023 eine gestiegene Zahl von Angriffen auf Journalist_innen fest. Diese waren insbesondere auf und rund um Demonstrationen sowie im öffentlichen Raum

von körperlichen Angriffen, Nötigungen und Bedrohungen betroffen. Einige solcher Vorfälle ereigneten sich auch im Rahmen sogenannter propalästinensischer Proteste im 4. Quartal

2023. So nahm beispielsweise ein Demonstrant auf einem solchen Protest Anlauf und trat einem Journalisten in die Beine und beleidigte ihn zudem. Aber auch wiederkehrende Demonstrationen aus der verschwörungsideologischen Pandemieleugnungsszene stellten 2023 nach wie vor Bedrohungen für Journalist_innen dar. So kam es wiederholt zu Demonstrationen und Mahnwachen, die eine Drohkulisse gegen Journalist_innen und Medienanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erzeugen sollten. Des Weiteren erfasste **empower** verschiedene Vorfälle von Bedrohungen im digitalen Raum, beispielsweise explizit gegen Hamburger Journalist_innen, die zum Themenfeld des türkischen Nationalismus und Faschismus sowie zu anti-kurdischen Rassismus recherchieren und veröffentlichen. Derartige Vorfälle haben zur Folge, dass Journalist_innen sich einer permanenten Bedrohungslage und Sicherheitsrisiken ausgesetzt sehen, während sie ihre Arbeit ausüben. In einigen Fällen berichten Jour-

Journalist_innen waren insbesondere auf und rund um Demonstrationen von körperlichen Angriffen, Nötigungen und Bedrohungen betroffen.

Journalist_innen berichten von Selbstzensur, da sie aus Sorge um ihre Sicherheit davor zurückschrecken, über bestimmte Themen zu berichten oder bestimmte Orte aufzusuchen.

nalist_innen, dass sie sich gewissermaßen selbst zensieren, indem sie aus Sorge um ihre Sicherheit davor zurückschrecken, über bestimmte Themen zu berichten oder bestimmte Orte aufzusuchen. Angriffe

auf Journalist_innen haben entsprechend eine direkte Auswirkung auf die Pressefreiheit als wichtige Grundsäule für Demokratien.

Rechte Gewalt gegen politische Verantwortungsträger_innen

Politikverdrossenheit schlägt mit rechten Diskursen unterfüttert vermehrt um in politische Verachtung.

Eine seit Jahren verbreitete Politikverdrossenheit schlägt mit rechten Diskursen unterfüttert vermehrt um in politische Verachtung und eine besorgniserregende Eskalation von Gewalt

vorfällen gegen politische Verantwortungsträger_innen. Entsprechend vermehrt von rechter Gewalt betroffen waren 2023 auch in Hamburg politische Verantwortungsträger_innen. Neben Sachbeschädigungen an Parteibüros oder Plakaten sowie Nötigun-

gen, Bedrohungen und Beleidigungen, die häufig per Brief, Mail oder in sozialen Medien geäußert wurden, kam es Ende September auch zu einem versuchten bewaffneten Angriff auf dem Rathausmarkt, über den medial direkt berichtet wurde. Der Täter lief mit einer gezogenen Pistole und einem Messer bewaffnet über den Rathausmarkt und wurde dort von der Polizei festgenommen. Wie in den Medienberichterstattungen dargelegt, hatte der Angreifer das Ziel, einen Politiker zu töten. Dieser Vorfall erinnert alarmierend an Angriffe in anderen Städten, wie etwa die Messerattacke auf Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Jahr 2015 oder die Ermordung des damaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019. In den vergangenen Jahren berichteten einzelne Mandatsträger_innen in Hamburg von Verunsicherungen und Bedarfen nach verstärktem Schutz. Dennoch gibt es bisher verhältnismäßig wenig Parteien, die Konzepte des Opferschutzes auf Landes- und Bezirksebene erarbeitet und implementiert haben sowie betroffenen Mitgliedern einen niedrigschwelligen Zugang zu fachspezifischen Betroffenenberatungen ermöglichen.

Dennoch gibt es bisher verhältnismäßig wenig Parteien, die Konzepte des Opferschutzes auf Landes- und Bezirksebene erarbeitet und implementiert haben.

Angesichts des Wahljahres 2024 sowie der kommenden Bürgerschaftswahlen im Frühjahr 2025 ist davon auszugehen, dass Angriffe auf Politiker_innen weiter zunehmen werden. Wie Journalist_innen stellen auch politische Verantwortungsträger_innen wichtige Akteur_innen von Demokratien dar. Angriffe senden daher auch hier einschüchternde Botschaften, die sich nicht nur an die persönlich betroffenen Politiker_innen richten, sondern an demokratisch organisierte Strukturen und ihre Repräsentant_innen im Allgemeinen.

Rechte Gewalt gegen nichtrechte Personen

Nicht zuletzt zeigt auch das Monitoring der ideologisch motivierten Gewaltvorfälle gegen nichtrechte Personen, dass sich Betroffenenengruppen von rechter Gewalt weiter ausdifferenzieren. Menschen, die als Nichtrechte oder alternativ wahrgenommen werden, werden immer wieder als „störend“ empfunden und so zu Zielen von rechter Gewalt und Verschwörungserzählungen.

Von besonderer Brisanz war im Jahr 2023 der Anschlag auf einen Gemeindeforum der Zeugen Jehovas in Alsterdorf, bei dem sechs Menschen und ein ungeborenes Kind ermordet wurden, bevor der Täter sich selbst erschoss. Die Tat wurde offiziell nicht als rechte Gewalt anerkannt. Ein von der Polizei

Hamburg beauftragtes Gutachten weist darauf hin, dass der Täter vornehmlich aus religiösen Motiven gehandelt habe. Einige Anhaltspunkte sprechen jedoch auch für weitere tatmotivierende ideologische Überzeugungen des Täters. In einem vom

Täter zuvor veröffentlichten Buch lassen sich mehrfach einschlägige antifeministische und NS-verherrlichende politische und weltanschauliche Hintergründe des Täters erkennen. Aus Sicht des Projekts **empower** muss hier mindestens von einem Verdachtsfall gesprochen werden. Es bedarf zur Aufklärung weiterer politischer, öffentlicher Analysen, Untersuchungen und Auseinandersetzungen.

• In einem vom Täter
• zuvor veröffentlichten Buch lassen sich
• mehrfach einschlägige
• antifeministische
• und NS-verherrlichende politische
• und weltanschauliche Hintergründe des
• Täters erkennen.

Sozialdarwinismus

Sozialdarwinismus ist eine Ungleichwertigkeitsideologie, die kurz beschrieben ein Recht des vermeintlich Stärkeren proklamiert. Entsprechend richten sich sozialdarwinistische rechte Gewalttaten gegen Betroffenengruppen, die als „schwach“, „unnütz“ oder „rechtlos“ markiert werden. Die gezielten Abwertungen richten sich häufig gegen Wohnungslose, von Armut betroffene sowie behinderte Menschen.

Sozialdarwinismus gegen Wohnungslose

Sozialdarwinistisch motivierte Gewalt stellt auch aufgrund unzureichender Schutzräume vor allem für Wohnungslose eine alltägliche Gefahr dar. Auf der Straße sind diese regelmäßigen Beleidigungen, Bedrohungen und physischen Angriffen ausgesetzt. Die Gewalttaten brechen oft unvermittelt über die Betroffenen herein, wie z. B. bei der versuchten Tötung von zwei Wohnungslosen in St. Pauli Anfang 2023, die wie in den seltensten Fällen mediale Aufmerksamkeit erregte. Während die beiden Betroffenen im Hauseingang eines Hotels schliefen, fing der Täter an, wiederholt auf ihre Köpfe einzutreten. Nur ein Einschreiten von Fußgän-

ger_innen verhinderte, dass der Täter sie weiter attackierte. Im Kontext von Gewalt gegen Wohnungslose ist insbesondere die geringe Sichtbarkeit der Erfahrungen und Forderungen der Betroffenengruppe in der Öffentlichkeit von Bedeutung. Aufgrund mangelnder öffentlicher Aufmerksamkeit und mangelnder gesellschaftlicher und politischer Anerkennung erscheint das Problem durch die wenigen dokumentierten Vorfallzahlen kleiner, als es tatsächlich ist, wie auch die Berichte

von Multiplikator_innen der Straßensozialarbeit und Wohnungslosenhilfe aufzeigen. Zunehmende Verdrängung von Wohnungslosen aus Innenstädten wirkt zusätzlich verschleiern auf die Problemwahrnehmung. Getragen werden die Taten zudem durch weit verbreitete legitimierende Ideologien auch über extrem rechtes Gedankengut hinaus, wie z. B. marktradikale bzw. neoliberale Ansichten, die Menschen im Hinblick auf Annahmen zu „Leistungs“bereitschaft und -fähigkeit hierarchisieren. Zudem kommt es immer wieder zu Kriminalisierungen von Wohnungslosen, die von Täter_innen ebenfalls legitimierend für gewalttätige Angriffe herangezogen werden.

- Aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit und Anerkennung erscheint das Problem durch die wenigen dokumentierten Vorfallzahlen kleiner, als es tatsächlich ist.

Sozialdarwinismus gegen behinderte Menschen

Behinderte Menschen waren auch 2023 in Hamburg von sozialdarwinistisch motivierten Vorfällen betroffen. Häufig wirken hier Ungleichwertigkeitsvorstellungen tatmotivierend, die Behinderungen als defizitär bzw.

Es wird verkannt,
dass verschiedene
normative Diskurse
Nährboden dafür
bieten, dass Be-
hinderte Menschen
weiterhin alltäglich
Diskriminierungen
und Gewalt ausge-
setzt sind.

vermeintlich ge-
fährliche Krank-
heiten verstehen.
Gesamtgesellschaft-
lich wird verkannt,
dass verschiedene
normative Diskurse
beispielsweise um
Leistungsfähigkeit,
Gesundheit oder
Schönheitsvorstel-
lungen Nährboden

dafür bieten, dass Behinderte Men-
schen weiterhin alltäglich Diskrimi-
nierungen und Gewalt ausgesetzt
sind. Daran anknüpfend kommt es
beispielsweise auf offener Straße oder
bei Freizeitbeschäftigungen zu ver-
balen und tätlichen Angriffen auf die
Betroffenen. So konnte **empower** einen
Vorfall erfassen, über den auch medial
berichtet wurde und bei dem ein ge-
hörloser Schiedsrichter im Rahmen
eines Junioren-Basketballspiels von
mehreren Personen wiederholt be-
hindertenfeindlich beleidigt wurde.
Im Kontext von Einrichtungen für be-
hinderte Menschen, wie Werkstätten
und Wohneinrichtungen, wird zudem
häufig über physische Gewalt berich-
tet. In solchen Einrichtungen sowie
bei Polizei und Justiz fehlt es jedoch
oft an Wissen über Anlaufstellen und
Beratungsangebote für Betroffene,
sodass selten Weitervermittlungen
erfolgen.

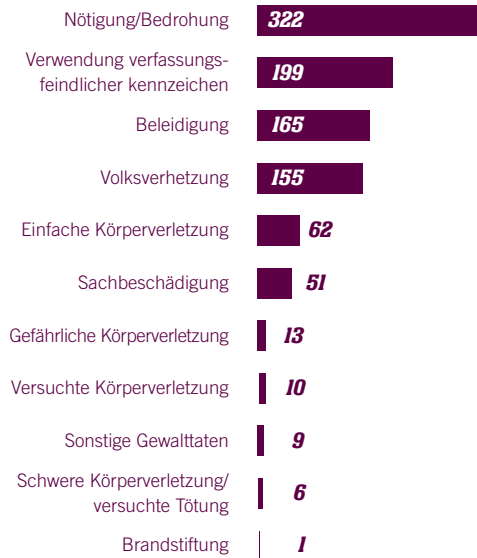
Gewaltformen der erfassten Vorfälle

empower erfasst und unterscheidet verschiedenste Formen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Hierzu zählen körperliche Angriffe, aber auch verbale und weitere Attacken wie Beleidigungen, Volksverhetzungen, Bedrohungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen. In der Bewertung von verbalen Angriffen ist wichtig zu beachten, dass sich diese Vorfälle gegen für die Betroffenen wichtige Identitätsmerkmale und Zugehörigkeiten richten. Betroffene sind in ihrem Alltag häufig gesellschaftlich verankerten Mikroaggressionen ausgesetzt. Chronischer Minority Stress und die Erfahrungen von expliziten verbalen Angriffen, Nötigungen und Bedrohungen wirken sich gravierend auf das Sicherheitserfahren und die Rechte auf Unversehrtheit von Körper, Psyche und Würde aus. In gesellschaftlichen Diskursen vergrößern verbale Angriffe zudem den Möglichkeitsraum für weitere schwerwiegende Taten, indem sie diese legitimieren. Solche Taten, wie Körperverletzungen, versuchte Tötungen oder Brandstiftungen, sind wiederum mit massiven langwierigen Folgen für die physische und psychische Gesundheit verbunden. Zudem haben sie meistens materielle Folgen

für betroffene Privatpersonen, aber auch Gemeinden, Vereine, Initiativen und Parteien.

Die Erhebungen des Projekts **empower** zeigen auf, dass nur 58,5 Prozent der 993 Gewalttaten, die insgesamt für das Jahr 2023 erfasst wurden, zur Anzeige gebracht wurden.

► Gewaltformen erfasster rechter, rassistischer und antisemitischer Vorfälle 2023



Orte der erfassten Vorfälle

Rechte, rassistische und antisemitische Bedrohungen und Angriffe finden an ganz unterschiedlichen Orten und in allen Stadtteilen Hamburgs statt. Mithilfe der Vorfallmeldungen sowie der Recherche- und Monitoringarbeit des Projekts **empower** lassen sich auch für das Jahr 2023 besonders gefährliche Angriffsorte ausmachen.

Insbesondere der digitale Raum sowie der öffentliche Raum einschließlich des ÖPNV bildeten gefährliche Orte für Betroffene.

Insbesondere der digitale Raum (15 Prozent aller Vorfälle) sowie der öffentliche Raum (13 Prozent) einschließlich der öffentlichen Verkehrsmittel und Bahnhöfe (7 Prozent) bildeten gefährliche Orte für Betroffene. In diesen Kontexten geschahen kontinuierlich viele Vorfälle von Beleidigungen, (Todes-)Drohungen, NS-Verherrlichung und körperlichen Angriffen gegen Einzelpersonen sowie vereinzelt auch gegen Gruppen wie beispielsweise Kinder, Schulklassen und ihre Lehrkräfte, LGBTIQ+-Personen und Aktivist_innen, die sich für Geflüchtete oder gegen Antisemitismus, Rassismus und rechte Gewalt engagieren.

Viele weitere Vorfälle griffen besonders schwerwiegend in den Schutzraum von Betroffenen ein, weil sie in der direkten Nachbarschaft von Betroffenen und in Unterkünften (6 Prozent) geschahen. Hierbei handelte es sich teilweise um ganze Vorfalleserien, in denen beispielsweise von antimuslimischem und Anti-Schwarzem

Rassismus Betroffene über längere Zeit hinweg beleidigt, bedroht und terrorisiert wurden.

Einen Schwerpunkt bildeten 2023 in Hamburg auch wieder Vorfälle von Volksverhetzungen, Beleidigungen, Nötigungen, Bedrohungen und Angriffen auf und rund um Demonstrationen (13 Prozent). Während die Zahl der verschwörungsideologisch motivierten Demonstrationen im Vergleich zu den vorherigen Jahren abgenommen zu haben scheint, sind die politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierten Taten auf und rund um Demonstrationen erneut um etwa 14 Prozent gestiegen. Für Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt stellen bestimmte Demonstrationen damit gefährliche Räume und teilweise sogar No-go-Areas dar.

• In der direkten Nachbarschaft kam es zu Vorfalleserien, in denen Betroffene über längere Zeit hinweg beleidigt, bedroht und terrorisiert wurden.

Nicht zuletzt erfasste das Projekt **empower** 2023 über Beratungsanfragen von direkt Betroffenen und Angehörigen vermehrt Vorfälle im Rahmen der ärztlichen Versorgung (1 Prozent), der Polizei und in weiteren Behörden (3 Prozent). Hier werden rechte Motive häufig gar nicht als solche anerkannt und es kommt teilweise zu gravierenden Auswirkungen durch Täter_in-Opfer-Umkehr.

Brisant bleiben zudem die hohen Vorfallzahlen in Bildungseinrichtungen (5 Prozent) und am Arbeitsplatz (3 Prozent), wo für viele Betroffene alltägliche akute Bedrohungslagen herrschen. Hinzu kommen gleichbleibend viele vom Projekt **empower**

erfasste rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle in Freizeiträumen, wie z. B. auf Sportveranstaltungen (1,5 Prozent) und in bedeutenden Orten für Gemeinden und Communities (2,5 Prozent), wie auch in Kneipen und Bars (1 Prozent).

Vor dem Hintergrund zunehmender Verrohung, anhaltender Entsolidarisierungen, Verharmlosungen und Verschweigens seitens der Verantwortungsträger_innen sowie dem expliziten Nichteinschreiten von Zeug_innen an nahezu allen Orten Hamburgs braucht es zur Stärkung des Opferschutzes um so dringender Zivilcourage und engagiertes Eintreten für die Demokratie und ihre Werte.



empower

Sie erreichen uns unter

- ▶ empower@hamburg.arbeitundleben.de
- ▶ hamburg.arbeitundleben.de/empower
- ▶ www.memo-hinweisstelle.de
- ▶ Telefon: 040 28401667
- ▶ ✕ @empower_hamburg

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert vom



Hamburg

